

Bündnis 90 / Die Grünen Mülheim

Programm zur Kommunalwahl 2009

Finanzen und Haushalt

Mülheim geht es im Vergleich zu anderen Ruhrgebietskommunen bisher noch gut: In den vergangenen Jahren ist die Stadt der Haushaltsicherung entkommen, im Jahr 2009 wird Mülheim sogar – wegen hoher Steuereinnahmen im Jahr 2007 – nicht einen Cent Schlüsselzuweisungen vom Land NRW erhalten. Also – alles in Ordnung?

Der anscheinende Haushaltsausgleich in den letzten Jahren war nur der Umstellung auf ein neues Buchhaltungsverfahren zu verdanken. In Wahrheit gab es auch in diesen Jahren Haushaltsdefizite, diese konnten nur von den so genannten „freien Rücklagen“ abgezogen werden. Spätestens ab 2010 wird das nicht mehr möglich sein, da die freien Rücklagen dann aufgezehrt sein werden.

Außerdem schiebt Mülheim – wie alle anderen Ruhrgebietskommunen auch – einen riesigen Berg an Altschulden aus den aufgelaufenen Defiziten der Vorjahre vor sich her. Diese Schulden dienten nicht der Anschaffung von Vermögenswerten, sondern sind im Rahmen von Kassenkrediten - vergleichbar einer Kontoüberziehung bei Privatpersonen – für laufende Ausgaben ausgegeben worden.

Das Konjunkturprogramm 2009 führt in den nächsten Jahren zu zusätzlicher Verschuldung. Außerdem wird es ab 2010 zu einem drastischen Einbruch der Steuereinnahmen und gleichzeitig zu einem Anstieg der Sozialleistungen kommen.

Den schwarz-gelben Raubzug durch die kommunalen Kassen beenden!

Statt die Städte zu unterstützen, hat die CDU-FDP Landesregierung den Kommunen seit Regierungsantritt jährlich ca. 1,25 Mrd. Euro entzogen zum Beispiel durch die unvollständige Weitergabe der Wohngeldmittel nach dem SGB II, den Wegfall des kommunalen Anteils an der Grunderwerbssteuer sowie der Verdopplung des kommunalen Anteils an der Krankenhausfinanzierung. Hinzu kommen der Wegfall des Landeszuschusses für die Elternbeiträge für Kita-Plätze, die Reduktion der Landeszuschüsse bei den Schülerfahrkosten und die gekürzten Weiterbildungsmittel im VHS-Bereich. Außerdem gibt es noch die neuen Aufgaben für die Kommunen, die vom Land nur unzureichend finanziert werden, wie z. B. Kita-Plätze für unter 3-jährige und die Einführung der offenen Ganztagschule.

Damit ist klar: Der geringe Abbau der Nettoneuverschuldung des Landes in den letzten Jahre wurde zum größten Teil über die Kommunen finanziert!

Heute für Morgen – Daseinsvorsorge und Finanzen

Als Folge der kommunalen Finanznot wird auch in Mülheim in regelmäßigen Abständen - verstärkt durch die Privatisierungsideologen der Landesregierung („Privat vor Staat“) - der Ruf nach Privatisierung kommunaler Infrastruktur laut.

Internationale Konzerne wollen kommunale Wasserwerke kaufen (in Mülheim leider bereits vor Jahren geschehen) oder in öffentlich-privaten Partnerschaften zentrale Versorgungsleistungen übernehmen. Auch unser Energieversorger, die M.E.D.L., steht unter dem massiven Übernahmepressur des Essener RWE-Konzerns.

Wir wollen, dass Mülheim auch in Zukunft die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe in eigener Regie behält.

Wir Grünen stehen daher für eine Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze und für einen Ausbau der M.E.D.L. hin zu einem Stadtwerk. So ermöglichen wir bürgernahe, soziale und ökologische Energiedienstleistungen vor Ort.

Der Zugang aller Mülheimer Bürgerinnen und Bürger zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen muss gewährleistet sein – gerade in Hinblick auf die zunehmende Armut auch in unserer Stadt.

Keine Lösung: Öffentlich - private- Partnerschaften (ÖPP)

Wir wollen eine Haushaltspolitik, die den Kommunen, also auch Mülheim, wieder Handlungsspielräume eröffnet.

Haushaltssicherung und Schuldenabbau dürfen nicht in Widerspruch zur Erfüllung aktueller Aufgaben wie dem Klimaschutz, der Bildung oder der sozialen Stabilität gestellt werden.

Bei zu tätigen Investitionen gilt es, doppelt hinzuschauen:

Welche Folgekosten sind damit langfristig verbunden?

Geht es auch anders oder eine Nummer kleiner?

Sind Kooperationen im Verbund mit anderen Städten möglich?

Die in den letzten Jahren auch in Mülheim aufgelegten ÖPP- Modelle lehnen wir aufgrund der langfristigen Belastungen für unsere Stadt grundsätzlich ab.

Trotzdem haben wir in Einzelfällen in der Vergangenheit solchen Projekten zugestimmt, beispielsweise bei der Sanierung einiger Schulen, die wir immer noch für absolut überfällig und notwendig halten. Die sinnvollere und kostengünstigere Finanzierung der Sanierung durch Kredite ist der Stadt durch den Regierungspräsidenten als Vertreter der Landesregierung verboten!

Damit Mülheim in Zukunft überhaupt noch seine Aufgaben erfüllen kann, muss dringend eine verlässliche finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden landes- und bundesweit wieder hergestellt werden!

Die Lebensqualität in Mülheim erhalten

Ein Entkommen aus der Verschuldungsfalle ist für Mülheim aus eigener Kraft nicht mehr möglich, das muss endlich sehr deutlich gesagt werden! Selbst wenn Mülheim alle freiwilligen Leistungen streicht, alle Schwimmbäder, Stadtbüchereien und Begegnungsstätten schließt, wird ein ausgeglichener Haushalt nicht erreicht. Wir wollen, dass die Lebensqualität in Mülheim erhalten bleibt!

Die Politik der Bundes- und Landesregierung der letzten Jahre, Kosten auf die kommunale Ebene zu verlagern, um die jeweils eigene Haushaltsbilanz zu verbessern, lehnen wir ab.

Mülheim – wie auch viele andere Städte und Gemeinden in NRW - wurde in den letzten Jahren finanziell ausgehungert – um dann am Ende durch einen Sparkommissar des Landes heimge-sucht zu werden, der die Aufgabe hat, erst recht da einzusparen, wo nichts mehr ist.

Diese Politik ist verlogen – wir treten seit Jahren für eine längst überfällige Finanzreform ein, die den Kommunen die Handlungsfähigkeit dauerhaft sichert.